

Der Einstebezucker und die Junifieger.

Der „Abend“ über seine Parteigenossen.

Wie wir mitgeteilt haben, ist es den alpenländischen Abgeordneten gelungen, vom Ernährungsminister Höfer die Zusage zu erlangen, daß wenigstens die Besitzer von Obstgärten ein gewisses beschränktes Quantum von Einstebezucker zugewiesen erhalten. Dazu schreibt nun der heutige „Abend“:

Es geht doch! Nachdem das Ernährungsamt versichert hat, daß eine Zuteilung von Einstebezucker durchaus unmöglich sei, hat es auf die Verwendung einiger Abgeordneten hin gefunden, daß eine Abgabe in beschränktem Maße stattfinden könne. Seither waren die Abgeordneten, welche in dieser Angelegenheit sich an den Leiter des Ernährungsamtes gewendet haben, durchwegs Vertreter ländlicher Kreise und dementsprechend fiel die Entscheidung aus. Nur Obstgartenbesitzer sollen Einstebezucker erhalten und deren gibt es in Wien verhältnismäßig sehr wenige. (Da kennt der „Abend“ Wien aber schon sehr schlecht! D. R.) Es ist nicht schwer, Gründe zu finden, die die Zuteilung von Einstebezucker an Obstgartenbesitzer rechtfertigen, aber nicht minder gute Gründe gibt es für die Zuteilung an die städtische Bevölkerung und es unterliegt keinem Zweifel, daß in gewöhnlichen Zeiten Stadtbewohner sich weit mehr mit Obststeinen befassen als Landbewohner. Vorläufig hat es noch kein Abgeordneter der Mühe wert gefunden, dies im Volksernährungsamt geltend zu machen und so haben die Wiener das Nachsehen. Die Wiener Hausfrauen mögen anlässlich dieser Angelegenheit die Zusammenhänge zwischen der Arbeit des Parlaments und ihren Haushaltspflichten erkennen. Man findet nur dann Anerkennung seiner Bedürfnisse als Verbraucher, wenn man Abgeordnete gewählt hat, die keine andere als Verbraucherinteressen kennen. Heute gibt es nur wenige solche Abgeordnete. Es wird eine Zeit kommen, da es ihrer viele gibt. Dazu müssen die Hausfrauen selbst beitragen.

Ausgezeichnet! Ein vernichtenderes Urteil über die 1911er Junifieger ist noch nicht gefällt worden. Daß ein Parteiorgan der „Junifieger“ selber dieses Urteil enthält, erhöht nur die Bedeutung. Bekanntlich sind im Juni 1911 in Wien nicht zuletzt dank der liberal-sozialdemokratischen Demagogenpresse und der Schlagwortpropaganda gewisser Verbraucherorganisationen vom Schlage der „Rohö“ von den bisherigen bewährten christlichsozialen Vertretern nur mehr drei gewählt worden (von denen seither einer gestorben ist). Alle übrigen 30 Mandate Wiens befinden sich im Besitze der freiheitlich-sozialdemokratischen „Junifieger“, also der Parteigenossen des „Abend“! Während nun diese Junifieger, wie der „Abend“ von seinen Parteigenossen mit begründeter Aufrichtigkeit feststellt, es „nicht der Mühe wert finden“, für die Wiener Bevölkerung etwas zu tun, hat die ländliche Bevölkerung, die ihren Vertretern im Juni 1911 treu geblieben ist, mit ihren Abgeordneten, — wieder nach dem Zeugnisse des „Abend“ — die beste Erfahrung gemacht. Aber nicht genug damit. Die christlichsozialen Abgeordneten haben sich auch der von den „Junifiegern“ schmählich im Stich gelassenen Wiener Bevölkerung angenommen. Die Vorgesprachen beim Minister wegen des Einstebezuckers und die beiden christlichsozialen Anfragen im Parlament wegen dieser wichtigen Sache erfolgten natürlich auch zugunsten der städtischen Bevölkerung. Eine der Anfragen stammt vom Wiener Christlichsozialen Dr. Ferzabel, der zwar nicht in Wien, sondern in Nordböhmen gewählt ist, aber sich doch auch, wenn die „Junifieger“ gänzlich auslassen, der Wiener kräftig annimmt. Jawohl, die „Hausfrauen müssen selbst beitragen“, daß das nächste Mal wieder solche Abgeordnete gewählt werden, auf die sich die Bevölkerung auch in Zeiten der Not verlassen kann.